

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

922 Nr. 91 Morgens-Ausgabe Jahrgang 215

Abonnementspreis: monatlich 12.00 — eine Jahrgangsbillette, Schillingen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und weitere Landesagenturen entgegen.
Anzeigenpreis: Die Sp. 9. 10 mm 2000 mm-Standard 1.20 A. Die Sp. 90 mm 2000 mm-Standard 6.00 A. Zahlarbeit 4 mm 2000 mm-Standard 1.20 A.
Verlagsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernamt Central 7801, 7802, 7803, 7804, 7805, 7806, 7807, 7808, 7809, 7810, 7811, 7812.
Verlagsstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernamt Ost-Kurfürst Nr. 4290. Große Berliner Schriftleitung. — Druck v. Otto Kietz, Halle-Saale.
Donnerstag, 23. Februar

Lloyd George bei Poinecaré

Private Beratung außerhalb von Paris
w. Paris, 22. Februar.
Gabas berichtet, daß Lloyd George und Poinecaré am 21. und 22. Februar in Frankreich zusammengekommen sind, allerdings nicht in Paris. Die Unterredung der beiden Staatsmänner wurde nur einige Stunden dauern und streng privaten Charakter tragen. Dieser Privatbesuch ist eine Erklärung, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands ausgesprochen wird, daß eine private vertrauliche Unterredung den gegebenen Zeitpunkt zwischen den beiden Ministerpräsidenten feststehen läßt.

Deutschland gefällige Goldmilliarde mit den im Jahre 1922 zu zahlenden 720 Goldmillionen zu einer Einigkeit gekommen ist, von der England 500 Millionen für die Befreiungskosten erhält, Frankreich 140 Millionen und der Rest an die belgische Privatbank gegeben wird. Der Rest der Garantie wird dem französischen Schuldkonto mit Wirkung vom 1. Januar 1922 gutgeschrieben.
Der Londoner Korrespondent des „Journal“ meldet, daß England den französischen Vorschlägen für den englisch-französischen Garantievertrag die folgenden Bedingungen entgegensetzt: Abmilderung des Beschlusses auf irgend ein anderes Gebiet als das eigentliche französische Territorium. Keinerlei regelmäßige Verpflichtungen der beiderseitigen Generalräte. Die Artikel 43 und 44 des Garantievertrages können auf Wunsch Frankreichs in den Vertrag mit aufgenommen werden. Der Vertrag hat den Charakter der Gegenseitigkeit und enthält eine Währungsfrist der ursprünglich vorgesehenen 10jährigen Laufzeit.

Zur Zusammenkunft mit einer Besprechung Poinecarés nach Genua hinsichtlich der Zusammenkunft mit Lloyd George berichten die Londoner Korrespondenten der „Times“, daß die Nachricht von der Reise des englischen Ministerpräsidenten nach Paris von 20 bis 25 bis bestätigt wird. Die Zusammenkunft in jeder Hinsicht der Besprechung französischer Memorandums vom 4. Februar gelten. Poinecaré würde gern Gemäßheit haben, ob Lloyd George seine Reise in die Erörterungen einbezogen würden. Endgültige Bestimmungen für die Zulassung der Sowjetregierung nach Genua stellte die französische Regierung auf.

Aus London wird mitgeteilt, daß der Vorschlag der Interalliierten Kommission, die damit beauftragt ist, die Grundlagen

für ein internationales Finanzkonkordatium zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas aufzustellen, über die beiden getragenen Einnahmen folgendes Inzassé am 20. Januar 1922 ausgegeben hat: Die Einnahme hat lediglich dazu gedient, einen Plan vorzubereiten, der dazu dienen soll, die Kontrakte der kleinen Staaten zu erfüllen und auf diese Weise zu einer Stabilisierung der Wärschulden beizutragen. Das Studium dieser Frage hat gute Fortschritte gemacht, und man hofft, in wenigen Tagen zu einem endgültigen Beschluß zu kommen. Ein Ausschuss des „Daily Telegraph“ berichtet über eine unter Leitung des belgischen Außenministers veranstaltete Zusammenkunft zwischen belgischen Industriellen und dem Vertreter der Sowjetregierung, dem ehemaligen General Pavlov. Dieser unterbreitete einen amtlichen Vorschlag der Sowjetregierung, die Bergwerke und Fabriken des früheren Westens als Konzeption für 60 Jahre zurückzugeben.

Neuer Bericht, daß an der Konferenz in London abgehaltenen Sitzung des Kronratens Ausschusses der Internationalen Konvention außer den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans auch zwei Vertreter der Vereinigten Staaten teilnehmen. Amerika wäre involviert durch die Herren Scheldt und Forbes von der Firma Holt, J. C. Co. vertreten gemeint. Die britischen Vertreter hätten eingehende Besichtigungen über die beschriebenen Fragen vorbereitet.

Die Reform der Hochschulen

Preußischer Landtag

w. Berlin, 22. Februar.
Die englische Regierung hat der deutschen mitgeteilt, die den zur Bildung eines Völkervereinigungsausschusses in England wird die Zuzugung von deutschen Sachverständigen begehren. Um eine Vereinigung zu bewerkstelligen, müssen unverschieden Vertreter nach London entsandt werden. Die deutschen Vertreter sind: Staatssekretär a. D. Direktor Bergmann von der Deutschen Bank und Stempner Kassendirektor. Die deutschen Industrie und Kaufmannschaften. Die werden die deutsche Industrie und Kaufmannschaften vertreten. Diese Besprechungen sind nicht zu verwechseln mit den Londoner Vorbereitungen für die Genuaer Konferenz. Von der Entsendung deutscher Sachverständiger hierzu ist noch nichts bekannt.

w. Berlin, 22. Februar.
Die Sitzung um 12 1/2 Uhr mittags eröffnet.
Die zweite Beratung des Mittags wird beim Vorschritt Universitäts- und technische Hochschulen fortgesetzt.

Min. Schuler (Komm.) nennt die jetzigen Fakultäten als unzureichend. Er verlangt die Befreiung der theologischen Fakultäten von den Universitätsämtern.

Min. Preuss (Dem.) geht auf die Einführung ein, die sich in letzter Zeit innerhalb der deutschen Studentenschaft vollzogen hat. Er bittet den Minister, dem Vorschlag zu folgen, den neuerdings die Studentenschaft eingeschlagen hat. Es ist bedeutsam, daß die Studentenschaft selbst jetzt heraus mit aus dem Kampfe, der Vererbung und der zeitlichen Stellung zum gegebenen Staate der Gegenwart. Sie will sich jetzt in ihrer Selbstverwaltung auf den Boden der Volks- und Kulturgemeinschaft unter Ausschaltung der Parteipolitik stellen. Der Minister muß mehr tun als bloß mit wohlwollender Neutralität der Entscheidung der Dinge zusehen. (Zehr richtig!) Die Studentenerhöhung des Ministers kann sich in diesem Sinne geändert werden, um die verheerende Agitation aus der Vertreibung der Studentenschaft abzuwenden. Der Minister könnte hier der Göttinger Roteschule folgen. Der jetzige Geist der Fakultäten macht es fast unmöglich, daß ein Wandern in Genua das neue Ziel sein dürfte. Wenn man die neue Zeit überhört, so muß man fragen: Wagt denn alle Wissenschaftler nur auf der Seite der Nationalen? Gibt es denn auf links kein Zentrum? (Zehr gut links.) Möge der Minister, der sich als Koalitionsminister bekennt hat, dafür sorgen, daß auch das Ministerium ein Koalitionsministerium wird. (Beifall links.)

Min. Dr. Baumbach (Soz.) verlangt vom Minister, er möge seinen ganzen Einfluß darauf verwenden, daß in keiner Weise die nationalökonomische Studentenschaft sich zur Republik bekemnt. Für uns ist die republikanische Staatsform nicht das Ideal, aber das Hindernis aus nicht, mit größter Eingebung am Wohl dieses Staates zu arbeiten.

Kein Beschluß über die Vertagung von Genua

London, 22. Februar.
Aus Berlin traf gestern hier die eigenartige Meldung ein, welche, daß die deutsche Regierung offiziell durch den französischen Vertreter verständigt worden sei, daß die französische Regierung eine Vertagung der Konferenz von Genua vorgeschlagen habe, und man es in den Berliner Regierungskreisen für selbstverständlich halte, daß diese französische Vorschlag nach einem Uebereinkommen mit London und Rom nicht werden sei und folglich die Vertagung der Konferenz als eine Zeitfrage zu betrachten wäre. Demgegenüber bemerkt werden, daß davon, als hätte Frankreich in engem und italienischem Auftrage diesen Vertagungsvorschlag gemacht, hier nichts bekannt ist. Jedemfalls ist die Vertagung bereits nicht zutreffend geworden, die Entscheidung hängt von der Lösung der italienischen Ministerkrise ab. Der deutsche Reichsminister der „Times“ erkundigt von der Stelle, daß aus Rom an den Genuaer Ausschuss für Vorbereitung der Konferenz Anweisungen ergangen wären, man als nachsichtiger Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben wird.

Kultusminister Bölg:

Das Ergebnis der Hochschulreform kann man bisher nicht mager nennen. In unseren Ministerien wollen wir die berechnete Eigenart der einzelnen Universitäten am möglichst schonen. Nach Zurückführung der Reform werden alle Dozenten nach ihrer Stellung charakterisiert werden. Die Studentenschaft ist nur der staatlich anerkannte Selbstverwaltungsträger. Man darf sich nicht mit den Korporationen verwechseln. Der Sinn des Studententums ist doch der, die Studentenschaft eine Mitarbeit an dem Ausbau der Universitäten zu sichern. Voraussetzung war dabei die Ausrichtung aller parteipolitischen Kämpfe an der anerkannten Studentenerziehung. Jeder hat die Parteistellung aus dem Kopf nicht sein gemacht und darum hat sich die Studentenschaft selbst durch die Göttinger Notverordnung zur Entpolitisierung ihrer Vertretung entschlossen. Ich persönlich habe diese Notverordnung begrüßt und werde mich bemühen, in Verhandlungen mit der Studentenschaft eine entsprechende Verringerung des Studententums zu bewerkstelligen. Die Hochschulfrage handelt sich um Gemeinschaft mit den Auswärtigen Amt. Wir werden keine Liebesdienerei vor dem Ausland, verschließen uns aber nicht der Erkenntnis, daß der akademische Boden einen vortrefflichen Halt bietet, zerrüttete Wände wieder aufzubauen. Es sind Maßnahmen getroffen, daß der deutsche Student nicht zurückgesetzt werden kann und die deutsche Wissenschaft nicht verfallen. Auf seiner Universität ist im nächsten Semester ein Wandel über den Professorensitz zugelassen. (Beifall.) Bei der Vertagung wird kein Professor für seine politische Meinung gefordert. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist alles, unter die Schutzrechte fällt es aber nicht, wenn ein Professor eine politische Demonstration im Rahmen seiner Vertagung veranstaltet. Professor Stuck-Berlin hat sich seiner gelangt; ich möchte ihm deshalb meine ernstliche Mißbilligung aussprechen und ihn verwarnen. Ich muß es aber entschieden zurückweisen, wenn Prof. Dr. Weill solche Vorgehensweise verallgemeinert. Ich freue mich doch, daß Prof. Haenisch seine schließende Hand nicht gehalten hat, ich muß ihm aber widersprechen, wenn er annimmt, daß ich mein Verbotnis zur freudigen Entlassung des gegenwärtigen Staates irgendwie modifiziert hätte. Mißbilligung ist ein höheres Gebot. Wichtiger als Mißbilligung ist für uns die Volksvertretung. (Beif. Weill.)

Min. Dr. Baumbach (Soz.) verlangt vom Minister, er möge seinen ganzen Einfluß darauf verwenden, daß in keiner Weise die nationalökonomische Studentenschaft sich zur Republik bekemnt. Für uns ist die republikanische Staatsform nicht das Ideal, aber das Hindernis aus nicht, mit größter Eingebung am Wohl dieses Staates zu arbeiten.

Min. Dr. Weill (U. S.) hält dem Minister gegenüber seine Angriffe gegen den reaktionären Geist der Universitäten zurück. Die von Minister gewollte Entpolitisierung der Studentenschaft läuft darauf hinaus, dem Hochschulring deutscher Art ein Monopol zu schaffen und die übrigen politischen Richtungen zu mangeln.

Der Kultusminister weist hierauf einige Angriffe des Abgeordneten Schuler zurück. Die kommunalistische Studentenerziehung sei wegen schwerster Verbrechen gegen den akademischen Stand nach wiederholter Verwarnung verboten worden.

Nach kurzer Einzelberatung über einzelne Einzelheiten folgt die Beratung des dritten Abschnitts „Kunst“.

Min. Graf (Soz.) fordert eine mögliche Unterstützung der Gemeinden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mehr als bisher wirtschaftliche Kunst den breiten Massen des Volkes zugänglich zu machen.

Min. Dr. Hoff (Ztr.) verlangt gleichfalls, daß bei der Kunstpflege nicht halbe Arbeit geleistet werde. Was jetzt in Fragen der Kunstpflege geleistet wird, ist nicht nur unzureichend, sondern vor dem Reiche und jetzt noch in Bayern dafür geleistet wird.
Min. Frau Rosch (Dml.): Die Kunst muß Gemeingut des deutschen Volkes sein und muß auf wirklich deutschen Grundlagen stehen. Zu der Kunstpflege darf die Staatsmacht nicht zu weit zurücktreten. Das Theater muß eine Stätte künstlerischer Volkserziehung werden. Demgegenüber erlebe wir eine Verherrlichung unserer Väter mit französischen Schützen elenderer Art. Wir verlangen einen wirksamen Schutz der Kunstgegenstände gegen mißbräuchliche oder verwerfliche Schenkungen.
Donnerstag 12 Uhr Weiterberatung.

Englands Vorbehalte

Paris, 22. Februar.
Während jetzt über die Behandlung der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England eine grundsätzliche Verständigung erfolgt ist, erbietet man aus dem „Echo de Paris“ die Vorbehalte Englands. Es verlangt, daß aus schließlich der Konferenz von Genua die Artikel 3, 15, 18 und 19 als endgültige Entscheidung betrachtet und jeder Veränderung unterworfen würden. Artikel 8 der Wille von Genua spricht von den Befreiungskosten. Es ist von dem Wiesbadener Abkommen und jetzt fest, als Abkommen nur eine dreifache Teil einer fünfjährigen Frist erhält. Frankreich erhält im Jahre 1923 Nationalnoten im Werte von 950 Goldmillionen, im Jahre 1924 Nationalnoten im Werte von je anderthalb Milliarden. Der Lebensfuß dessen, was Frankreich im Jahre an Naturalleistungen erhält, muß, sobald er die den Befreiungen Frankreichs übersteigt, von Frankreich in Naturalleistungen, beginnend am 1. Mai 1923, gutgeschrieben werden. Diese Summe wird Frankreich mit dem 1. Januar 1924 auf sein Goldkonto gutgeschrieben. Die übrigen Mächte erhalten im Jahre 1922 Nationalnoten im Werte von 50 Goldmillionen. Artikel 10 verlangt, daß jede einzelne Macht im Jahre 1922 den Wert der Leistungen erhalten soll, selbst wenn sich ein Lebensfuß über der Forderung für dieses Jahr ergeben sollte. Artikel 11 bestimmt den Rentenpreis, der an Deutschland zu zahlen ist. Artikel 12 bestimmt, daß die im Jahre 1921 von

Um die Neuwahl des Reichspräsidenten

Deutscher Reichstag
w. Berlin, 22. Februar.
In der heutigen Sitzung wurde zunächst die dritte Beratung des Reichsministers über Antrag Reichspräsidenten (Ztr.) auf nächste Reichspräsidenten. Das Gesetz für die Erhebung einer Wahl für die Förderung des Wahlgesetzes wird formell in dritter Lesung angenommen.
Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes für 1922 beim Ausschuß des Reichspräsidenten.
Min. Dr. Baumbach (Soz.) bespricht die Neuwahl des Reichspräsidenten und betont, daß die Parteien des gegenwärtigen Reichspräsidenten dabei völlig aus der Reihe. Es sei eine Reichsfrage, er habe, anderthalb Jahre nach Aufbruch des Reichstages noch immer der alte Nationalvereinspräsidenten zu Recht befehde. Der Reichspräsident selber sei der Meinung, daß auch der Schein demgegenüber nicht, als ob ein Reich des Reichspräsidenten werden sollte. Nachdem jetzt die abermalige Reichsfrage geklärt sei, habe die Regierung keinen weiteren Grund, sich zurückhaltend zu setzen.

